

Dresdner Rede zur Lage der PDS

Am Tag nach der Präsentation des neuen Programmentwurfs meldete eine Berliner Boulevardzeitung: „PDS bricht mit Staatssozialismus“. Ein kluger Mann hatte mal gesagt, nichts sei älter als die Tageszeitung vom Vortag, aber der hat die Medien der Berliner Republik noch nicht gekannt. Mit meinem Thema hat allerdings ein Anruf vom gleichen Tage noch mehr zu tun. Ein Genosse hatte diese Zeitung gelesen und rief empört im Karl-Liebknecht-Haus an. Wenn das stimme, werde er aus der PDS austreten. Ja, was sollte man ihm antworten? Es stimmt seit mehr als dreizehn Jahren. Das Beispiel ist zufällig, aber es verweist auf grundsätzliche Probleme der PDS. Zum Beispiel: Wie steht es denn tatsächlich mit dem Selbstverständnis der PDS und ihrer Mitglieder? Sind unsere hart umkämpften Entscheidungen von 1989 oder 1993 und viele andere vielleicht nur eine schöne Fassade, hinter der mehr SED fortlebt, als wir zugeben wollen und können? Ist der programmatische Bruch mit der SED und dem Staatssozialismus tatsächlich Konsens? Und ist diese Programmatik auch unsere Politik und Kultur?

Ich möchte und muss eingangs und rücksichtslos noch viel dramatischere Fragen stellen:

1. Hat die PDS noch eine Perspektive, kann sie überhaupt aus ihrer Krise herauskommen? Dabei setze ich voraus, dass die PDS sich in einer tiefen Krise befindet und halte die Beschönigung dieses Sachverhalts für eine große Gefahr. Nur wer Realitäten, auch die negativsten zur Kenntnis nimmt, wird eine Chance haben, sie positiv zu verändern. Die Bagatellisierung der Wahlniederlage vom 22. September oder die Mentalität des Weiter so werden nach meiner Überzeugung alle Möglichkeiten zunichte machen.
2. Und wenn wir diese erste Frage negativ beantworteten, wäre es dann nicht politisch verantwortungslos, das Projekt PDS fortzusetzen, vielleicht einige Jahre noch in den ostdeutschen Parlamenten vertreten zu sein, aber gesellschaftspolitisch keine Rolle zu spielen, womöglich sogar das Entstehen einer neuen Linken außerhalb der PDS zu blockieren?
3. Braucht Deutschland überhaupt eine sozialistische Partei, brauchen die modernen kapitalistischen Gesellschaften sozialistische Politik, oder ist diese Frage mit dem Triumph des Kapitalismus über den osteuropäischen Staatssozialismus 1989/90 und der geistigen und politischen Hegemonie des Neoliberalismus negativ entschieden?
4. Oder sind zwar kapitalismuskritische Bewegungen von neuer und erneuerter grundlegender Bedeutung, aber diesen Platz kann die PDS nicht einnehmen, diesen Platz werden die globalisierungskritischen Bewegungen einnehmen?
5. Hat die PDS jemals eine Chance, ihre ostdeutsche Nische zu verlassen und tatsächlich eine bundesweite sozialistische Partei zu werden? Sind nicht alle Konzepte und Hoffnungen einer Westentwicklung der PDS durch das Wahlergebnis vom 22. September endgültig als illusionärer Wunschtraum widerlegt?
6. Zerstören Regierungsbeteiligungen unvermeidlich die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit der PDS als sozialistischen Partei, als Partei der sozialen Gerechtigkeit? Bleibt der PDS nur der Platz in der Nische sozialen Protestes und parlamentarischer Opposition?
7. Kann die PDS mit einer Mitgliedschaft, die zu rund 80 Prozent im Rentenalter ist, mit einer Mitgliedschaft, die kaum in den Hochschulen, Forschungsinstituten, Verwaltungen, Redaktionen, Kunsteinrichtungen,

Berufsbildungszentren und Schulen vertreten ist, einen wesentlichen Beitrag zu einer modernen gesellschaftskritischen Diskussion, zur geistigen und politischen Überwindung neoliberaler Hegemonie leisten, ohne die alle politischen und gesellschaftlichen Alternativen keine Voraussetzungen vorfinden werden?

Genug der Fragen, es wären viele andere denkbar, und wer sich nicht in die Tasche lügen mag, wird nur wenige finden, die von vornherein ein günstigeres Licht auf die Lage und Perspektive der PDS werfen.

Ich bin daher auch nicht bereit, von vornherein die Möglichkeit aus meinem Nachdenken und meinen Einschätzungen auszuschließen, dass die Partei des Demokratischen Sozialismus zwar ein gutes Jahrzehnt lang eine geschichtliche Aufgabe erfolgreich gelöst hat – einen Beitrag zur Integration der Ostdeutschen und der DDR-Eliten zu leisten – , aber ihre Mission nun erfüllt sei und ihre Geschichte zu Ende gehe. Selbst wenn es im Deutschland des 21. Jahrhunderts ein gesellschaftspolitisches Erfordernis für eine moderne kapitalismuskritische und sozialistische Partei und selbst wenn es für eine solche Partei einen zunehmend großen politischen Platz jenseits der Sozialdemokratie und eine soziale und kulturelle Basis gebe, wäre die PDS möglicherweise nicht fähig, diesen Platz einzunehmen, weil sie von ihrer Vergangenheit gefesselt bliebe, weil sie im soziokulturell immer noch gespaltenen Deutschland den Ostgeruch nicht loswerde, weil Überalterung, Verluste an Mitgliedern, an intellektueller und sozialer Kompetenz und Verankerung wesentlich schneller voran schritten als Neugewinne erschlossen werden könnten...

Ist es Nestbeschmutzung solche Möglichkeiten nicht auszuschließen und sie ausdrücklich zu diskutieren? Ich möchte eindringlich davor warnen, Denkverbote zu erteilen. Im Gegenteil: Nur wer bereit ist, die härtesten, kritischsten und drängendsten Fragen an die PDS zu stellen, wird überhaupt fähig werden, Auswege und Perspektiven zu öffnen. Die – das schicke ich hier doch vorweg – halte ich immer noch für möglich, aber sie würden sofort und vollständig versperrt werden, wenn wir das Ausmaß der Probleme beschönigten.

Und über Probleme möchte ich reden, Probleme im Wortsinne, zumal es meiner Meinung nach keinen Grund gibt, die Lage der PDS nicht als problematisch anzusehen. Ich habe mich zu dieser Rede nicht einladen lassen, um eine Stunde lang zu erzählen, wie erfolgreich die PDS und wie rosig ihre Aussichten sind. Ich möchte Klartext reden dürfen. Bitte widerlegen Sie meine Argumente, verwerfen Sie meine Einschätzungen, halten Sie meine Auffassungen für falsch, aber lassen Sie bitte die Fragen, auch die schmerzlichsten zu.

1. Die Krise der PDS

Ich bin, wie in meinen Vorbemerkungen deutlich geworden ist, nicht bereit, die Krise der PDS und deren existentielle Tiefe zu ignorieren. Erfolgreiche Politik verlangt Selbstbewusstsein und Zuversicht, verlangt Faszination und wenn man so will Erotik eines politischen Projektes. Wenn die PDS und ihre Politik eine Zukunft haben sollen, muss das vorhanden sein und hergestellt werden. Es macht jedoch keinen Sinn, Krisen und Defizite zu leugnen, Niederlagen zu beschönigen, um so eine positive Außenwirkung propagieren zu wollen. Ohnehin sind die Wählerinnen und Wähler klüger als es die PR-Manager der Parteien glauben.

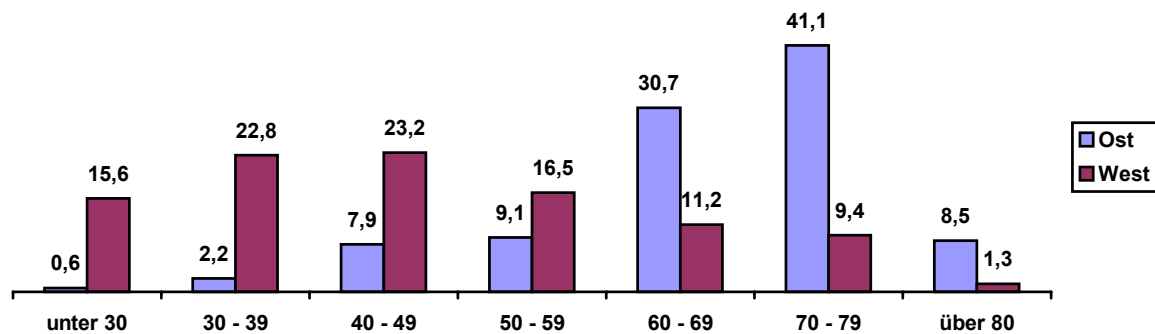
Deshalb muss weiterhin ausgesprochen und dem Nachdenken über die politische Strategie der PDS zugrunde gelegt werden, dass sich die PDS **erstens** in einer existentiellen Krise befindet. **Zweitens** ist es erforderlich, konsequent anzuerkennen, dass diese Krise zwar wesentlich der Wahlniederlage 2002 geschuldet ist, aber zugleich vielfach tiefere und zum Teil strukturelle Ursachen als eine falsche oder fehlende politische Strategie zur Bundestagswahl am 22. September, innerparteiliche Machtkämpfe, vor allem innerhalb der damaligen PDS-Führung und ein offenkundig schlechter Wahlkampf. **Drittens** ist es ein bedrohlicher Bestandteil dieser Krise, dass sie nach einem kurzen Erschrecken und kurzzeitigen intensiven Auseinandersetzungen offensichtlich bereits wieder geleugnet und bagatellisiert wird. Die Politik und Arbeitsweise des neuen Parteivorstandes (ich spreche hier nicht von seinen einzelnen Mitgliedern, sondern vom Parteivorstand als kollektiver Leitung der Partei) scheint eher von einem Weiter so, von Resignation vor der Größe der Aufgabe eines Neuanfangs oder davon gekennzeichnet zu sein, die PDS und ihre Politik in der einen oder anderen Nische der Gesellschaft einzurichten. Jedenfalls ist kaum etwas von einer äußersten und konzentriertesten geistigen, kulturellen, politischen und organisatorischen Anstrengung zu spüren, die PDS aus der Krise und insbesondere zurück in die Gesellschaft, mitten unter Millionen Menschen zu führen. Wenn das trotz der enormen Schwierigkeiten und der Größe der Herausforderungen nicht in kürzester Zeit geändert wird, wird der Niedergang der PDS endgültig und unumkehrbar werden.

Natürlich ist es notwendig, schnellstens die Fehler des Wahlkampfes 2002 zu überwinden. Doch die Krise der PDS hat auch zwei tiefere Ursachen: **Zum einen** ist nach mehr als zwölf Jahren der Prozess einer allgemeinen Repräsentation der Ostdeutschen abgeschlossen. Damit soll nicht gesagt werden, dass Ostdeutschland nicht weiterhin einer spezifischen Interessenvertretung bedarf. Ganz im Gegenteil. Die Ungleichberechtigung ist immer noch nicht überwunden. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme sind dramatisch, haben spezifische Ursachen und verlangen eigenständige Lösungen, zu denen die anderen Parteien grundsätzlich nicht bereit und wohl auch nicht fähig sind. Während die PDS jedoch zumindest faktisch und kulturell noch immer primär Gefühle des Verlustes und der Diskriminierung artikuliert, ist in Ostdeutschland keine spezifisch ostdeutsche Teilgesellschaft innerhalb Deutschlands entstanden, die sich durch eigene Grundzüge auszeichnet und deren Bürgerinnen und Bürger mit eigenem Selbstbewusstsein in Deutschland vertreten sein wollen. Bewusst und vor allem unbewusst scheint die PDS noch immer den Protest gegen die Diskriminierung der Ostdeutschen zu vertreten, während die so Vertretenen ein ganz anderes Selbstverständnis in den Vordergrund zu stellen beginnen: Das Selbstbewusstsein, anders zu sein. **Zum anderen** ist die PDS eine Parteigründung aus der Niederlage des Staatssozialismus heraus (anders als die Grünen, die sich aus dem Aufschwung der sozialen Bewegungen heraus bildeten). Die PDS stellt insofern fast etwas Künstliches dar, weil sie immer weniger aus den Potenzialen der DDR schöpfen kann, diese entwertet wurden bzw. jetzt ganz verloren gehen, während der Zugewinn an neuen kulturellen Potenzialen äußerst schleppend verläuft. Die PDS ist in der westdeutschen Teilgesellschaft nicht verankert, und ihre Akzeptanz durch die junge Generation ist konjunkturell und instabil.

Altersbedingt (im Osten sind nur noch ein Fünftel der Mitglieder unter 60 Jahre) verstehen nur wenige Mitglieder der PDS unter Opposition reale Friedensarbeit und konkretes Wirken gegen Rechtsextremismus. (Berechtigte) ideologische Kritik am

Kapitalismus, Festhalten an einer sozialistischen Perspektive sowie Eintreten für soziale Gerechtigkeit stehen im Vordergrund. Relevante Aktivitätspotenziale praktischer Art sind bei einer Gruppe von rd. 10 bis 15 Prozent der Mitglieder, zumeist unter 50 Jahre alt, konzentriert.¹

Grafik: Mitgliedschaft der PDS nach Altersgruppen (Mitgliederbefragung, S. 26 Bei der positiven Alterstruktur in Westdeutschland muss die anhaltende zahlenmäßige Schwäche der PDS berücksichtigt werden, so dass für die Gesamtpartei kaum positive Relativierungen des Problems bestehen.)



Die Erosion bzw. Labilität der politischen, soziokulturellen und massenpsychologischen Basis der PDS ging einher mit einer offenkundigen Unfähigkeit, die politische Funktion der PDS in der bundesdeutschen Gesellschaft und ihrem Parteiensystem eigenständig und massenwirksam zu definieren. Die allgemeine Akzeptanz der PDS als demokratische und normale Partei war auch 2002 gestiegen, jedoch wenn man so will – als stinknormale Partei. Sie hat sich als Sprecherin Ostdeutschlands, als Repräsentantin sozialen und demokratischen Protests und als Friedenspartei eine bestimmte Achtung erworben. Die Erfolge der letzten Jahre, so zeigen gerade auch die jüngeren Entwicklungen, können aber nur dann dauerhaft werden, wenn die PDS sich den entstandenen neuen Herausforderungen stellt und ihren Platz als moderne sozialistische Partei in Deutschland deutlich, vertrauenswürdig und kompetent bestimmt. Nur dann, wenn es gelingt, diese programmatische und strategische Erneuerung durchzuführen, einen neuen Aufbruch zu meistern, der PDS also einen neuen Zweck und Funktionswert - glaubwürdig gegenüber breiten Teilen der Bevölkerung – zu geben, wird die PDS die jetzige Krise überstehen.

2. Die Auseinandersetzungen in der PDS-Führung

Für eine solche Entwicklung der PDS gibt es eine Reihe von Voraussetzungen. Grundsätzlich wurde eine Orientierung auf den Doppelcharakter der PDS als kapitalismuskritische Oppositionspartei und gestaltende Reformkraft gewählt, die jedoch bisher nicht in eine politische Strategie umgesetzt wurde. Programmatisch wurde eine Erneuerung eingeleitet, die das Ziel des demokratischen Sozialismus,

¹ Michael Chrapa und Dietmar Wittich konstatieren in ihren Thesen im Anhang der Mitgliederbefragung vom Jahre 2000 konstatieren: „Tendenziell drohender oder bereits eingetretener Verlust an breiter politischer Handlungsfähigkeit gerade zu einem Zeitpunkt, an dem Handeln der PDS in der Gesellschaft wichtiger denn je ist. Wie im Text beschrieben, sind zwar 20 bis 30 Prozent der Mitgliedschaft bei Aktionen (potenziell) mobilisierbar, insgesamt kann jedoch nur von einem aktiven Kern von etwa 10-15 Prozent der Mitglieder gesprochen werden. Für zahlreiche ältere Menschen (vor allem im Osten) wird politisches Handeln mit der Teilnahme an einer Basisgruppenversammlung gleichgesetzt und auch persönlich so interpretiert.“ (S. 54)

den Weg einer umfassenden Transformation und konkrete Schritte fixiert sowie die Werte von Freiheit und Gleichheit radikaldemokratisch zu vereinen vermag. In den einzelnen Bundesländern und auf Bundesebene gibt es eine ganze Reihe von Politikerinnen und Politikern und Experten, die innerhalb der institutionellen Strukturen der Bundesrepublik kompetent politisch agieren können. Die parlamentarische Vertretung in den ostdeutschen Bundesländern ist nach wie vor stark. Die Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin haben sich in den Wahlergebnissen keinesfalls positiv niedergeschlagen, aber zu einem beträchtlichen Kompetenzgewinn der PDS geführt. Ein bisher stabiles Fundament für die politische Wirksamkeit der PDS ist ihre kommunalpolitische Verankerung.² Die Mitglieder der PDS stützen im wesentlichen die strategische Orientierung. In vielen Formen ist die PDS zivilgesellschaftlich in sozialen Organisationen, Verbänden und Vereinen verankert. Nach wie vor hat die PDS durchaus ein Wählerpotenzial von deutlich über fünf Prozent. Bis zu sieben oder acht Prozent der Wählerinnen und Wähler in der Bundesrepublik haben bereits mindestens einmal in der einen oder anderen Form PDS gewählt, also ganz und gar keine unüberwindbare Blockade gegenüber der PDS.

Demgegenüber stehen jedoch bedrohliche Defizite: In allen Umfragen kann die PDS derzeit nur noch 3 bis 4 Prozent der Stimmen erreichen, obwohl die SPD beispiellos abgestürzt ist. In der Vergangenheit hat es demgegenüber entweder gemeinsame Win-win-Situationen für PDS und SPD gegeben oder die PDS war fähig, einen nicht geringen Teil der SPD-Verluste aufzufangen. Das anhaltende Absacken der PDS, auch in zahlreichen Landesumfragen, kann nicht anders als als ein dramatisches Warnsignal verstanden werden, umso ernster, als es vom Parteivorstand bisher offensichtlich überhört oder ignoriert wird. Gleichzeitig ist die Kompetenzzuweisung durch die Befragten selbst auf klassischen PDS-Feldern wie „soziale Gerechtigkeit“ und „Ostdeutschland“ stark zurückgegangen. In der überregionalen Medienöffentlichkeit hat die PDS bis zur Programmvorstellung in der vergangenen Woche mit der Ausnahme einiger Berichte über die Querelen innerhalb der Führung keine Rolle mehr gespielt. In Westdeutschland bleibt die PDS isoliert. Die immer stärkere Orientierung der dortigen Landesverbände auf Wahlbündnisse mit der DKP droht die Reste eines eigenständigen und erneuerten linken Profils der PDS zu beseitigen. Jüngste Wahlergebnisse auf DKP-Niveau sind nach meiner Überzeugung zwangsläufige Konsequenz. Auch in Westdeutschland gibt es einen politischen Raum für eine linkssozialistische Partei von mindestens fünf Prozent der Wählerinnen- und Wählerstimmen. Hinsichtlich der PDS gibt es aber eine hohe kulturelle Barriere durch den dominant ostdeutschen Charakter der PDS und eine politische Barriere durch die Herkunft aus der SED. Veränderungen werden nur durch wesentliche kulturelle Wandlungen der PDS (aktive Öffnung in die westdeutsche Teilgesellschaft, geistige Öffnung gegenüber modernen linken und anderen kritischen Positionen, Verjüngung) und die Fortsetzung der politischen Erneuerung möglich sein. Das wird schwer genug, als PDS-DKP-Projekt wird es aussichtslos. Rückläufig ist das intellektuelle Potenzial der PDS, kritische Intellektuelle aus Westdeutschland oder aus der jungen Generation stehen der PDS nach wie vor skeptisch und passiv gegenüber, Züge der Intellektuellenfeindlichkeit

² Im Sommer 2001 verfügte die PDS über 6500 kommunale Mandate, davon 2 Landräte, 186 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, davon 27 hauptamtlich, 18 hauptamtliche kommunale Wahlbeamte (u. a. 14 Berliner Bezirksstadträte), 1179 Mandate in Kreistagen und Stadträten kreisfreier Städte, 175 Bezirksverordnete in Berlin, rd. 5000 Mandate in kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie 102 Mandate im Altbundesgebiet (teils auf Listenverbindungen).

sind nicht überwunden. Die Professionalität der politischen Arbeit und Organisation der PDS ist erschreckend gering, nicht selten wird die Forderung danach mit großem Misstrauen kommentiert und blockiert. Die Überalterung der Mitgliedschaft nimmt weiter zu, junge Mitglieder oder aktive Sympathisantinnen und Sympathisanten werden nur unzureichend gewonnen, die Fluktuation unter ihnen ist äußerst groß.

Die politische Konkretisierung und für Millionen Menschen erlebbare Umsetzung des oben erwähnten strategischen Doppelprofils der PDS als kapitalismuskritische und gestaltende Reformkraft ist bisher nicht gelungen. Mehr noch: Wurde 2001/2002 ein unentschiedener und die Rolle der PDS auflösender Macht- und Richtungskampf innerhalb des Parteivorstandes um eine Orientierung auf die wie auch immer geartete Einordnung in ein SPD-geführtes Regierungs- bzw. Stoiber-Verhinderungsprojekt einerseits und einer klaren bundespolitischen Opposition andererseits geführt, so hat sich die Achse der Kämpfe innerhalb des Parteivorstandes nunmehr angeblich nach „links“ verschoben: Den Vorstellungen einer Gruppe um die Parteivorsitzende Gabi Zimmer, die PDS mit oppositioneller, aber realistischer Reformpolitik zurück in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu führen, stehen orthodoxe und politikfremde Ideen gegenüber, die PDS faktisch in einer ideologischen Nische des Antikapitalismus zu verankern.

Bei diesem Problem möchte ich noch verweilen. Die Auseinandersetzungen 2001 und 2002 hatten teilweise den Charakter offener Machtkämpfe und persönlicher Rivalitäten innerhalb der engeren Parteiführung angenommen, die zwar für die Medien ein lukratives Spielfeld waren, für die Basis der PDS allerdings nicht transparent wurden. Für die Verschlechterung von Erscheinungsbild und politischer Wirksamkeit der PDS waren jedoch zwei andere Momente entscheidend. Erstens waren diese Auseinandersetzungen Ausdruck dafür, dass die PDS bisher unfähig und wohl auch nicht bereit war, nach Erschöpfung der bisherigen ostdeutschen Potenziale ihren Platz im Parteiensystem neu zu definieren. Zweitens wurde weder die Regierungs-, noch die Oppositionsoption ausreichend inhaltlich, das heißt für Millionen Menschen intensiv erlebbar, ausgefüllt. Papier- und Konzeptproduktion war allseits Politikersatz.

Bei den erneuten Kämpfen innerhalb der neuen Parteiführung ist Vieles noch unklar, aber a) gibt es bisher – mit Ausnahme der Präsentation eines neuen Programmentwurfs durch Gabi Zimmer – keine wirkliche und keine wirksame Strategie, die PDS aus der Krise und zurück in die Politik zu führen. Konzeptemacherei, wie es Rosa Luxemburg genannt hätte, bestimmt auch gegenwärtig die Vorstandsarbeit. Strategiefähigkeit und –bereitschaft sind nicht erkennbar. Sie würden verlangen, schnell Entscheidungen über die politische Entwicklungsrichtung der PDS herbeizuführen, die verbliebenen Ressourcen rasch und intensiv zu bündeln, die vorhandenen Kompetenzen der PDS professionell, konzentriert und massenwirksam in die Öffentlichkeit, darunter nicht zuletzt die Medienöffentlichkeit, zu vermitteln, statt immer neue Papiere auf immer neuen Gebieten zu verabschieden, von denen außer Leserinnen und Lesern des PDS-Pressedienstes kaum jemand erfährt. b) Tendenzen der Selbstgenügsamkeit und einer politischen Verweigerung sind unverkennbar.

Wenn durch einen führenden Funktionär Gerhard Schröder als „Kriegstreiber“ bezeichnet wird, so zeigt sich darin eben nicht nur der gefährliche und kaum

verzeihliche Mangel an notwendiger sachlicher Differenzierung, sondern eine umfassende Politikunfähigkeit und –unwilligkeit. Die eigene scheinbar radikale und klinisch reine Nische und damit das Gefühl, selbst edel zu sein in einer ansonsten rundum schmutzigen Welt ist wichtiger als das wirksame Eingreifen in der real überaus widersprüchlichen und differenzierten Politik. Das gleiche Phänomen wird in der Presseerklärung zum Wahlausgang in Niedersachsen deutlich. Die blamablen 0,5 Prozent für die PDS werden zwar bedauert, aber es gibt keine Auseinandersetzung mit der törichten und selbstverliebten Wahlteilnahme überhaupt, es wird nicht einmal der dramatische Verlust gegenüber Bundestags- oder Europawahlen seit Mitte der 90er Jahre thematisiert, nein, man gefällt sich schließlich in der Beschönigung, in einigen Wohngebieten habe die PDS 2 oder 2,3 Prozent erhalten und sei dort „regional verankert“. Das sei im übrigen auch der Ausweg. Abgesehen davon, dass die PDS solche Ergebnis schon am 2. Dezember 1990 und sie später weit überschritten hatte, sind diese Einschätzungen auch psychologisch bemerkenswert: Es ist bis in die Formulierungen hinein jene Selbstgenügsamkeit, mit der die DKP sich über Jahrzehnte ihre politische Wirkungslosigkeit schöngeredet hat. Das ist deshalb so problematisch, weil die radikale Frage, ob man sich als politische Linke Partei überhaupt mit dieser Wirkungslosigkeit abfinden dürfe nicht einmal mehr gestellt wird.

Das gleiche Problem offenbart sich meiner Meinung nach in der ideologisch aufgeladenen Diskussion darum, ob die PDS eine „kapitalismuskritische“ oder eine „antikapitalistische“ Partei sei. **Erstens** handelt es sich bei der PDS um die Partei des Demokratischen Sozialismus, nicht um die Partei des Antikapitalismus. Ich möchte das durchaus ohne Ironie anmerken, weil sozialistische Politik und Alternativen zwar aus der Kritik des Gegebenen entwickelt werden müssen, aber davon eben weitergehen müssen. Sie haben eindeutig auch antikapitalistische Züge, aber weder in der Kritik noch in der Alternative erschöpfen sie sich darin; sie sind vielmehr, wie es im Programmentwurf und übrigens auch im geltenden Programm heißt von sozialistischen Zielen, sozialistischer Bewegung, sozialistischen Werten gekennzeichnet. **Zweitens** möchte ich sehr eindringlich fragen, ob linke Politik ihren Charakter, ihre politischen Ziele, ihre konkreten Forderungen so völlig außerhalb des gesellschaftlichen Klimas formulieren darf? Das ist nicht die Frage nach politischem Opportunismus. Es ist die Frage nach Politikfähigkeit, und es ist die Frage nach der konsequenten Überwindung elitären Avantgarde-Denkens. Die PDS muss an ihrem sozialistischen Profil festhalten. Im Gegenteil: Sie muss es endlich zeitgemäß, gleichermaßen realistisch und zukunftsfähig ausprägen. Als zweite sozialdemokratische Partei macht sie sich genauso überflüssig wie sie es beim Verharren auf defensiven ostdeutschen Positionen bereits zu machen droht. Aber sie kann das nicht von abstrakten Visionen her, schon gar nicht von der allein negativen Vision des Antikapitalismus her, sondern von den jetzigen Erfahrungen, Interessen, Hoffnungen der Menschen. Die sind durchaus kritisch hinsichtlich der gegenwärtigen Gesellschaft und Politik, aber sie sind ganz offensichtlich und aus guten Gründen nicht bereit und nicht interessiert, ihre Forderungen und Wünsche auf einen fundamentalen Gegenentwurf zu reduzieren. **Drittens** ist der Begriff der theoretischen und praktischen Kritik – im Gegensatz zur Kategorie des Antikapitalismus – eine zentrale, ausgesprochen konstruktive und zeitgemäße Marxsche Kategorie der Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaft, sie schließt antikapitalistische Momente ein, geht aber eben weit darüber hinaus, ermöglicht es, sich nicht ausschließlich negativ zu definieren und nicht in den Fehler zu verfallen, wie die KPdSU und die SED zivilisatorische Ansprüche (nicht unbedingt

Realitäten) bürgerlicher und kapitalistischer Entwicklung, beispielsweise die parlamentarische Demokratie, die politischen Freiheitsrechte oder die Gewaltenteilung, zu ignorieren.

Unabhängig davon, wie man die Auseinandersetzung inhaltlich bewertet, bleibt auch für den neuen Vorstand die Einschätzung gültig, die Michael Brie, Michael Chrapa und ich am 30. September 2002 hinsichtlich des Bundestagswahlkampfes vorgenommen hatten: „Die Führung der PDS ist (a) zerstritten und auch nur unzureichend repräsentativ für eine moderne sozialistische Partei, (b) kaum zu einer offensiven öffentlichen Politik fähig und (c) ihre Kommunikation mit der Basis der PDS, mit Sympatisantinnen und Sympathisanten sowie mit Akteuren der sozialen Bewegungen ist gestört bzw. schwach entwickelt. (d) Eine dringend anstehende Parteireform wurde nicht begonnen, die innerparteiliche Situation wurde kein zentraler Gegenstand von Führung. Aus der Führungsschwäche der PDS-Führung, wie sie nach 1994 zu beobachten war, ist eine offene Krise geworden. Die Führung der inneren Prozesse geriet gegenüber dem versuchten Wirken nach außen in einen unhaltbaren Rückstand, was schließlich auch die öffentliche Ausstrahlung der PDS nachhaltig beeinträchtigte... Die PDS-Führung verfügt gegenwärtig über kein gemeinsames strategisches Konzept. Die Differenzen werden nicht öffentlich ausgetragen, was Möglichkeiten der Entwicklung von Handlungsoptionen blockiert, in denen die unvermeidlichen Widersprüche konstruktiv ausgetragen werden können. Diese Pattsituation beeinträchtigt Handlungsfähigkeit, Glaubwürdigkeit und generell die Entwicklungsfähigkeit. Die Führung war nicht in der Lage, eine Vision zu erarbeiten und in die PDS und die Gesellschaft zu vermitteln.“ Um kein Missverständnis zuzulassen, möchte ich ergänzen, dass diese Einschätzung in vollem Umfang bislang auch für die Vorstandskritikerinnen und –kritiker, zum Beispiel die Reformlinke, zutrifft.

3. Diese Gesellschaft braucht die PDS

Ja, ich bin überzeugt: Diese Gesellschaft braucht die PDS dringend. Genauer und problematisierend müsste ich sagen, dass diese Gesellschaft eine moderne sozialistische Partei, Bewegung und Politik benötigt. Ob es die PDS ist, die ein notwendiges Ferment, der Katalysator einer Gegenbewegung zum beherrschenden und tief in die SPD und die Grünen dominierenden Neoliberalismus sein oder werden kann, ist offen. Nicht offen ist meiner Meinung nach, dass es in der bundesdeutschen Gesellschaft, in der Europäischen Union, in der Welt so nicht weiter gehen kann. Eine andere Welt, eine andere Europäische Union, ein anderes Deutschland sind nötig und möglich. Wenn die PDS ein wesentlicher parteipolitischer Beitrag dazu sein will, dann ist auch eine andere PDS nötig und, ich nehme es vorweg, möglich.

Was wir so abstrakt als Neoliberalismus bezeichnen, ist in der Praxis weit mehr als eine Ideologie und Politik, die Unternehmen, das Kapital von möglichst allen Fesseln zu befreien, die historisch bestanden oder in den politischen Kämpfen der vergangenen einhundertfünfzig Jahre durchgesetzt wurden. Primär geht es dem herrschenden Neoliberalismus, der im wesentlichen ein marktradikaler Wirtschaftsliberalismus ist, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu deregulieren und zu globalisieren. Die faktische Konsequenz ist ein Angriff auf die natürlichen, kulturellen, sozialen und demokratischen Lebensbedingungen auf dem Erdball überhaupt. Ich behaupte nicht, dass das per se bewusste Strategie ist, aber es ist offensichtlich Ergebnis neoliberaler Globalisierung.

In dieser Hinsicht ist auch die aggressive Ausprägung einer imperialen Politik der USA ein Reflex des Neoliberalismus, der über das spezifische Vormachtstreben der USA und ihrer Konzerne hinausgeht. Fausto Bertinotti, Sekretär der Partito della rifondazione comunista in Italien, hat das in seinen 15 Thesen für eine alternative europäische Linke auf dem Europäischen Sozialforum im November 2002 meiner Meinung nach auf den Punkt gebracht: „Die Bush-Doktrin ist die schlüssige und schreckliche Absichtserklärung für den endlosen, unbestimmten Krieg, die US-Administration das zentrale Kettenglied der neuen imperialen Ordnung. Sogar ein Krieg zum Schutze der Zivilisation muss als Maske herhalten, hinter der sich die zutiefst rückschrittliche kapitalistische Globalisierung nach allen Seiten hin ausbreitet.“

Ich verstehe diese These dahin, und eben das möchte ich auch als meine Einschätzung hervorheben, dass es natürlich keinen Grund geben kann, die Aggressivität und militärische Bedrohlichkeit der US-amerikanischen Außenpolitik zu unterschätzen, das ist in diesen Tagen wohl auch geradezu unmöglich, aber sie muss wohl verstanden werden als Ausdruck für eine prinzipiellere Zäsur in der kapitalistischen Gesellschafts- und Politikentwicklung. Das ist, wenn man so will, die endgültige Kapitalisierung der Erde, der Natur und der Kultur, das ist die Expansion des Kapitalismus in jeden Winkel der Gesellschaft und des Erdballs, die der Kapitalverwertung und Kommerzialisierung bisher noch nicht unterworfen waren. Die dabei stattfindenden, oft mit brachialer Gewalt durchgesetzten Veränderungen haben ein im Marxschen Sinne revolutionären Ausmaß. Was anderes als revolutionäre Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse sind eben die Globalisierungstendenzen, sind die Herausbildung gewaltiger Macht- und Kapitalzentren nicht mehr in Form von Nationalstaaten, sondern transnationalen Konzernen und anderen globalen und internationalen Machtstrukturen, sind die supranationale europäische Integration und beispielsweise die Einführung einer gemeinsamen Währung, sind die ökonomischen und kulturellen Umwälzungen durch die Informationstechnologien, sind die soziale und kulturelle Ausdifferenzierung der sozialen Klassen und Schichten, der ganzen Gesellschaft, sind die weitreichend veränderten und teilweise individualisierten Lebensweisen in der Gegenwart?

Wenn Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ davon schrieben, dass die Bourgeoisie „die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst“ hat, so ist diese Tatsache heute in die letzte Pore der Gesellschaft vorgedrungen. Der Kapitalismus am Beginn des 21. Jahrhunderts ist nicht zuletzt davon gekennzeichnet, dass auch die letzten menschlichen gesellschaftlichen Beziehungen vermarktet werden.

Diese Entwicklung droht zur sozialen Zerstörung menschlicher Gesellschaft, menschlicher Kultur, der Ökosphäre oder zu globaler kriegerischer Verwüstung von Gesellschaft, Kultur und Natur zu führen. Das ist eine Möglichkeit. Ich sage nicht, dass es so kommen wird. Schon gar nicht, dass es zwangsläufig so kommen muss. Aber ich behaupte, dass diese Möglichkeit nicht bestritten werden kann und dass die Herausbildung dieser Möglichkeit eine beispiellose historische Zäsur darstellt. Sie hat die Existenz- und Entwicklungsbedingungen der Menschheit grundlegend verändert hat. Nicht zuletzt deshalb, weil es sie viel, viel stärker globalisiert hat als die so viel und nicht selten auch so modisch diskutierte wirtschaftliche Globalisierung. Ich will daran erinnern, dass die militärischen Arsenale der Kernwaffenstaaten trotz der Verschrottung einiger Tausend Kernsprengköpfe noch immer mehrfach ausreichen, diesen Planeten in eine atomare Wüste zu verwandeln. Ich weise darauf hin, dass

die Zahl, das Ausmaß und die Zerstörungskraft der vergessenen Kriege in Afrika und anderen Teilen der Erde ganz und gar nicht zurückgegangen sind, im Gegenteil. Gemessen an den betroffenen Bevölkerungszahlen ist ihre Vernichtung nicht selten höher als die der Schlachten des zweiten Weltkrieges. Und die bedrohliche gesellschaftliche und kulturelle Verwahrlosung können Sie vielleicht daran ermessen, mit welcher Gleichgültigkeit und Passivität die Weltgemeinschaft mit diesen Kriegen und ihren Millionen Opfern umgeht.

Die Politik der US-Administration ist auch gegen die Konkurrenten in Westeuropa und Japan gerichtet, aber sie ist, das möchte ich betonen, vor allem die aggressive und militaristische Antwort auf diese Ergebnisse der neoliberalen globalen Kapitalisierung. Das die Erde ein explosives Pulverfass mit Selbstvernichtungsmöglichkeiten unterschiedlicher Art geworden ist, hat auch andere und ältere Ursachen, aber die kapitalistische Globalisierung in der Welt und in allen gesellschaftlichen Bereichen droht diese Gefahren unumkehrbar und mit extremer Komplexität zuzuspitzen. Die USA sind offensichtlich bestrebt, einerseits eine US-dominierte und militärisch, ja militaristisch fundierte imperiale Weltordnung zu errichten, andererseits ihre militärische Vorherrschaft einzusetzen, um die Existenzgefährdungen, die sich dabei zwangsläufig und auch für die USA ergeben, kriegerisch einzudämmen. Das ist jedoch ganz offenkundig ein Kurs, der kurzfristig erfolgreich im Sinne der USA sein mag, schon mittelfristig aber Konflikte nicht löst, sondern zuspitzt und vervielfacht, Demokratie und Freiheit nicht fördert, sondern zerstört, nicht zuletzt in den USA selbst, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen nicht eindämmt, sondern voranpeitscht, Terrorismus nicht ausmerzt, sondern seine Ursachen vertieft.

Wer Diktatoren, militärische Bedrohungen und Terrorismus weg haben will von dieser Erde, der muss so ziemlich genau das Gegenteil von dem tun, was die USA in der Vergangenheit und Gegenwart international praktizierten und praktizieren. Der muss den rassistischen Wirtschaftsterrorismus beenden, der im indischen Bophal 20.000 Menschenleben für die Profite eines US-Konzerns gekostet hat und der jedes Jahr viele Millionen Kinder im Süden dieser Erde tötet. Der muss selber abrüsten, Waffenexporte einstellen, auf offensive Militärkonzepte ein für alle mal verzichten. Der muss die UNO und internationale Verträge stärken, statt sie zu schleifen und für die eigene imperiale Machtpolitik zu missbrauchen. Der muss die Menschenrechte ungeteilt praktizieren und im eigenen Land und bei den eigenen Verbündeten damit beginnen. Der muss das Kyoto-Protokoll ratifizieren statt auf Kosten anderer Völker die Ressourcen des Erdballs zu verschleudern. Wer Diktaturen, Terrorismus und militärische Bedrohungen weg haben will von dieser so verletzlich gewordenen, so existenziell gefährdeten Erde, der darf vor allem keinen Krieg vorbereiten und führen!

Der von den USA geplante Krieg gegen den Irak steht nahe bevor. Ich weigere mich, meine Hoffnung, dass er doch noch verhindert wird aufzugeben. Doch dieser Krieg ist nicht in erster Linie der Krieg eines kleinkarierten, verklemmten, christlichen Fundamentalisten, der im Weißen Haus regiert, es ist schon gar nicht ein Krieg, in dem es um die Entwaffnung eines Diktators und um Freiheit und Demokratie geht, sondern ein Krieg, in dem es den vorherrschenden ökonomischen und politischen Machtzirkeln der USA um mächtigste und stregische Interessen geht. Dieser Krieg wird **erstens** um die Kontrolle des Erdöls und des Erdölpreises geführt. Die USA selbst wollen zum einen die unzuverlässige und nicht ausreichend kontrollierbare

OPEC entmachten, zum anderen die Ölversorgung für ihre verschwenderische und ökologisch zerstörerische Produktions- und Lebensweise sichern, schließlich über einen hohen Erdölpreis der Konkurrenten in Westeuropa, China und Japan treffen, mit einem niedrigen Russland oder beispielsweise Venezuela in die Knie zwingen können. **Zweitens** sollen Völkerrecht und UNO als letzte Hindernisse für die *lex americana* weggebombt werden. **Drittens**, und das haben Powell und Bush in den vergangenen zwei Wochen offen erklärt, soll die ganze Großregion im US-amerikanischen Interesse neugestaltet werden. Russland wird gekauft und gleichzeitig aus Zentralasien und dem Südkaukasus herausgedrängt. Es wird nicht mehr und nicht weniger als die von Bush-Vater vor zwölf Jahren verkündete neue Weltordnung herbeigeschossen.

Aber es wird nicht das amerikanische Jahrhundert werden. Die USA können wohl jeden Krieg gewinnen, Frieden, Sicherheit, Zukunft gewinnen sie nicht. Auch nicht für sich selbst. Nichts rechtfertigt diesen Krieg, nichts. Seine Vorbereitung und Androhung – auch als angebliche *ultima ratio* sind Bruch des Völkerrechts, ihn zu führen wird vom ersten Schuss an ein Verbrechen sein. Der Widerstand gegen diesen Krieg ist daher auch ein ganz grundsätzlicher Beitrag zur Verteidigung der Zivilisation und des großen Beitrages den die Rechts- und Menschenrechtstradition der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und Verfassung zu ihr geleistet hat.

Dass die militärisch so ungeheuer überlegenen USA diesen Krieg noch nicht beginnen konnten, ist ein großer Erfolg der Kriegsgegnerinnen und –gegner, auch der Kriegsablehnung durch zahlreiche Regierungen, darunter der Bundesregierung. Dass die Aussichten, diesen Krieg zu verhindern, allerdings immer noch gering sind, dass die USA sich wahrscheinlich über Recht, Moral und den Widerstand von Millionen und Abermillionen Menschen hinwegsetzen werden, hat auch damit zu tun, dass in den Kriegen von 1999 und 2001 das Völkerrecht und die UNO unter Beteiligung heutiger Kriegskritiker bereits gefährlich geschwächt wurden. Ich wiederhole, dass ich die Gleichsetzung der deutschen Regierungspolitik mit der jener der USA gegenwärtig für völlig falsch, unsachlich und gefährlich halte, aber die kapitalistische Globalisierung wird maßgeblich auch von Deutschland und von der Europäischen Union betrieben, die Entmachtung der UNO und des Völkerrechts eingeschlossen. Die sozialdemokratisch-grüne Bundesregierung muss und kann auch ohne Schwarz-Weiß- oder Freund-Feind-Schablonen, wie wir sie ansonsten zu Recht an der Ideologie und Propaganda der US-Administration ablehnen, scharf kritisiert werden, nicht zuletzt dafür, dass sie die Sanktionen gegen das irakische Volk nicht aktiv in Frage stellt, die seit zwölf Jahren einen alltäglichen Krieg des angeblich zivilisierten Westens bedeuten und bereits mehr als 600.000 Kindern das Leben gekostet haben.

Ich habe mich aus aktuellem Anlass auf eine Auseinandersetzung mit dem bevorstehenden Irak-Krieg konzentriert, aber auch deshalb, weil er der extremste Ausdruck einer gesellschaftspolitischen Entwicklung ist, die bei Strafe des Untergangs überwunden werden muss. Ihre anderen Erscheinungsformen sind kaum weniger bedrohlich. Ich unterschätze nicht, dass die herrschende Politik wahrscheinlich noch immer in der Lage ist, sozialreaktionäre Antworten auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu geben. (Die Europäische Kommission und die Regierungen der EU-Länder sind in den GATS-Verhandlungen der Welthandelsorganisation gerade dabei, auch die sozialen Dienstleistungen der privaten Gewinnorientierung zu opfern.) Was ich jedoch sehe, ist eine strukturelle

Unfähigkeit zu zukunftsorientierten, zu sozialen, demokratischen, ökologischen und zivilen Antworten, wenn man nicht bereit ist, das Grundprinzip dieser Gesellschaft und ihrer Entwicklung zu ändern – die Dominanz von Wirtschaft und Kapitalverwertung. Das eben ist die geradezu geschichtliche Verantwortung und Chance einer sozialistischen Partei. Sie wird sicherlich keine Mehrheitspartei bei Wahlen sein können, aber sie hat die Pflicht und Aufgabe, gemeinsam mit den globalisierungskritischen Bewegungen, Gewerkschaften, sozialkritischen Teilen der Kirchen, basisdemokratischen, antirassistischen, ökologischen und anderen Initiativen, die politische Alternative zum Neoliberalismus, zu einem imperialen Militarismus und zur kapitalistischen Globalisierung mehrheitsfähig zu machen.

Was ich als eine totalitäre Kommerzialisierung und Vermarktung der ganzen Gesellschaft und der menschlichen Beziehungen beschrieben habe, ist eine Entwicklung und Politik, die von den anderen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern mit sozialen Zugeständnissen, aber letzten Endes doch in der einen oder anderen Variante aktiv vorangetrieben wird. Privatisierung, Deregulierung und umfassende Liberalisierung der Wirtschaft werden als die Allheilmittel für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme, für wirtschaftliches Wachstum, Verminderung der Arbeitslosigkeit oder auch die Überwindung der ökologischen Weltkrise und die entsetzliche Armut im Süden der Erde propagiert. Der gesellschaftliche Reichtum wird unter Sozialdemokraten und Grünen ebenso wie unter Konservativen und Liberalen von unten nach oben, von den Arbeitenden, Arbeitslosen sowie den kleinen und mittleren Unternehmen zu den Großkonzernen und Großbanken, von der Realwirtschaft zu den spekulativen internationalen Devisen- und Aktientransaktionen und vom Süden nach dem Norden umverteilt.

Diese Gesellschaft ist wesentlich reicher als noch vor einem Jahrzehnt, aber nahezu jeden Tag fordern Politikerinnen und Politiker der SPD, der Grünen, der CDU/CSU und FDP soziale Kürzungen bei den ohnehin Benachteiligten. Jedes siebente Kind steckt in der Armutsfalle in diesem wohlhabenden Land, hieß es vergangen Freitag in den Zeitungsberichten über eine Studie des Frankfurter Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Die Politik äußerte sich besorgt, aber es sind ihre eigenen Resultate und ändern wird sie nichts. In Ostdeutschland werden Milliarden und Abermilliarden Euro ausgegeben, ohne dass das wirtschaftliche Auseinanderklaffen zum Westen des Landes gebremst, die Arbeitslosigkeit verringert, die kulturelle Auszehrung gestoppt und die Abwanderung junger Menschen gebremst wird. Es ist ja nicht so, dass beispielsweise Manfred Stolpe nicht diese Situation ändern wollte, es ist nur so, dass dies nur noch möglich ist, wenn Axiome des Neoliberalismus in der Europäischen Union und in Deutschland nicht überwunden werden: Der Markt wird diese Probleme eben nicht allein lösen. Privatisierung ist kein Allheilmittel. Flexibilisierung kann Löhne, Arbeitsbedingungen und andere Standards verschlechtern, gesellschaftliche Solidarität zerstören, aber sie schafft keine Arbeitsplätze und keine Konsumnachfrage. Europaweiter Wettbewerb und europaweite Deregulierung kann die wettbewerbsstärksten Unternehmen und Regionen weiter stärken, die strukturschwachen Regionen werden dabei abgekoppelt. Sicherlich wird die PDS sich auch für die bessere Verwaltung des status quo einsetzen müssen, aber ihre eigentliche Chance und ihre Verantwortung besteht darin, solche systemkritischen Forderungen in die politischen Auseinandersetzungen einzubringen. Wenn die sächsische PDS ihren alternativen

Haushalt unter die Losung „Bildung statt Beton“ stellt, so verstehe ich dies genau in diesem Sinne.

Der sozialistische und kapitalismuskritische Charakter der PDS kann sie zur freiesten Partei im Nachdenken und Streit um nachhaltige Lösungen für die aktuellen Probleme der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft machen. Welche andere Partei fordert denn noch die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums vom immer reicheren Oben zum immer ärmeren Unten? Welche andere Partei findet sich denn nicht ab mit der fortschreitenden Privatisierung der Sozialsysteme? Welche andere Partei wagt es noch zu verlangen, dass Bildung, Kultur, Information, Gesundheit von der Vermarktung befreit werden?

Wenn man heute erlebt, wie immer erbarmungsloser und vollständiger das Geld und seine Kälte alle Verhältnisse zwischen den Menschen diktiert, dann kann es kaum eine wichtigere Frage für die Linke geben, als dazu beizutragen, dass diese Zerstörung menschlicher Beziehungen gestoppt wird. Wir können in keiner Hinsicht die Lehre ignorieren, dass ohne eine funktionierende Wirtschaft soziale, ökologische und kulturelle Ansprüche nicht, zumindest nicht ausreichend und nicht nachhaltig verwirklicht werden können. Es ist und bleibt aber Konsens in der PDS: Wir sind anders als die anderen Parteien nicht bereit, die ganze Gesellschaft von der Wirtschaft her und unter dem Gesichtspunkt zu denken, wenn es den Unternehmen, richtiger gesagt, den Unternehmern, gut gehe, gehe es auch dem Arbeitsmarkt, den Sozialsystemen, der Umweltpolitik, der Entwicklungspolitik, der Kunst und Kultur gut. Die PDS hat bereits 1993 entschieden, dass sie keine Weltanschauungspartei ist, aber das hat nie bedeutet, dass wir in unseren Einschätzungen, in unserem Blick auf die Gesellschaft und ihre Probleme beliebig sind: Ich wiederhole: Wir ignorieren wirtschaftliche Entwicklungserfordernisse nicht. Wir nehmen sie in ihrer ganzen Komplexität ernst. Aber wir sehen auf die Gesellschaft von den Menschen her, von seinen Interessen, seinen Erfahrungen, seinen Erfordernissen. Und er ist nicht für den flexiblen, dynamischen, internationalen Arbeitsmarkt da, er ist nicht für die Wirtschaft da, er ist nicht für den Unternehmens- und schon gar nicht für den Shareholdergewinn da. Er ist dafür da, ein selbstbestimmtes und reiches Leben in reichen menschlichen Beziehungen mit anderen führen zu können. Wir bleiben dabei, dass der Mensch nicht dem Eigentum, sondern das Eigentum dem Menschen, dem Gemeinwohl verpflichtet sein muss.

Hierin bestehen die originäre Bedeutung der PDS und ihre Chance. Es kann keine Überschätzung der PDS und keine Geringschätzung der anderen Parteien geben. Ökologische und bürgerrechtliche Positionen, soziales und demokratisches Engagement und ein Wertkonservatismus, der angesichts elementarer Zerstörungen eine neue konstruktive Bedeutung erlangen mag, sowie großartige fachliche Kompetenzen sind bei den anderen Parteien vielfach verbreitet. Hier ist realistische Bescheidenheit der PDS ohnehin angesagt. Es bleibt außerdem weiterhin gültig, dass die PDS ihre Ziele ohne eine Sozialdemokratie, die sich auf ihre kapitalismuskritischen Wurzeln zurück- und neubesinnt nicht verwirklichen kann, aber diese skizzierte radikale Bedeutung der PDS ist es, weshalb sie nach meiner Überzeugung so dringend notwendig ist und erfunden werden müsste, wenn es sie nicht gäbe oder wenn sie ihre Perspektive verspielt.

4. Der Weg aus der Krise

Die Krise der PDS ist tief, und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie einen endgültigen Charakter hat. Ich wiederhole das nicht, um Salz in die Wunden zu streuen, sondern weil nur eine schonungslose Bestandsaufnahme Auswege öffnen kann. Die halte ich für möglich, negativ begründet, deshalb, weil die PDS bisher noch nicht einmal umfassend versucht, ihre Krise zu überwinden und weil die Wahlniederlage vom 22. September in großem Ausmaß hausgemacht war, auf das Fehlen einer gemeinsamen politischen Strategie und einen auch handwerklich schlechten Wahlkampf zurückzuführen ist, so dass die PDS nicht in der Lage war, ihre Stammwählerinnen und –wähler zu mobilisieren und sie vor allem an das Nichtwählerlager verlor. Positiv ausgedrückt, halte ich die Überwindung dieser Krise für möglich, weil die PDS erstens immer noch über Tausende aktiver Mitglieder und ein großes geistiges und politisches Potenzial sowie über reiche soziale Kompetenz verfügt. Zweitens gibt es einen großen politischen Raum für eine moderne und demokratische sozialistische Partei in Deutschland und eine soziale und kulturelle Basis für sie, die weit über fünf Prozent der Wählerinnen und Wähler hinausgeht. Drittens scheint mir, dass diese Gesellschaft sozialistisches Denken und sozialistische Politik überlebensnotwendig benötigt.

Diese abstrakt vorhandenen Möglichkeiten werden ohne Bedeutung bleiben, wenn sie von der PDS nicht bewusst, energisch, strategisch und mit professioneller Organisation und Öffentlichkeitsarbeit erschlossen werden. Die Zeit arbeitet nicht für die PDS, sondern nur für deren Ende. Die Mitglieder und – mit herausgehobener Verantwortung – ihr Vorstand, bei dem die personellen, finanziellen, organisatorischen und demokratischen Ressourcen der Partei konzentriert sind, müssen für die PDS und unter größtem Zeitdruck gegen die Zeit arbeiten. Das Fenster der Möglichkeit wird noch maximal 12 Monate offen stehen. Spätestens mit der Europawahl 2004 wird entschieden sein, ob die PDS noch eine bundespolitische Perspektive hat. Der Nichtwiedereinzug in das Europäische Parlament wäre mit praktisch aller Sicherheit die endgültige negative Antwort. Der Wiedereinzug dagegen wäre bei weitem nicht die endgültige positive Antwort.

Ich kann nur Vorschläge machen:

Erstens: Die PDS muss ihre Funktion als eigenständiges politisches Projekt klar bestimmen, nicht gegen die Sozialdemokratie, nicht als ihre Mehrheitsbeschafferin, aber mit gleicher Klarheit auch nicht in der ideologischen Nische politischer Verweigerung. Die PDS wird in den nächsten Jahren den Kampf um ihre Existenz führen. Die SPD wird alles versuchen, die PDS bundespolitisch völlig zu marginalisieren und auch im Osten an den Rand zu drängen. Vor diesem Hintergrund werden Bündniserwägungen, Unterstützungssignale usw. bestenfalls als Ausdruck von Schwäche gedeutet werden. Die PDS muss sich mit einem eigenen Gebrauchswert für die Gesellschaft behaupten oder sie wird untergehen. Die beiden Pole dieser Eigenständigkeit, und wie Pole eines Magneten von einander abhängig, sind ihre Ansprüche und Funktionen als gesellschaftskritischer Opposition und gestaltender Reformkraft. Das eine bedeutet aber selbst auch nicht Verweigerung, das andere nicht Opportunismus und Anbiederung.

Zweitens: Die PDS muss ihre programmatische Klärung und Entscheidung rasch vorantreiben. Minderheitspositionen behalten ihre weitreichenden demokratischen Wirkungsmöglichkeiten, dürfen aber Entscheidungen über Mehrheit und Minderheit nicht blockieren. 1989/90 hat die PDS einen prinzipiellen Bruch mit der

Programmatik, den Sozialismus- und Politikvorstellungen der SED vollzogen. Mit dem bis heute gültigen Programm von Anfang 1993 hat sie die programmatische Abkehr von undemokratischen, elitären und dogmatischen Sozialismuskonzepten unumkehrbar gemacht. Im neuen Programm sind insbesondere die politisch-praktischen Konsequenzen dieses Wandels und der Erneuerung der PDS deutlich zu machen. Mit der Verknüpfung der Gleichheits- und Freiheitsideale der sozialistischen Bewegung kann die PDS nicht nur die Fehler der Vergangenheit überwinden, sondern ein zukunftsorientiertes Angebot auf die radikalen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umwälzungen der heutigen Gesellschaft geben. Deshalb wird die gesamte programmatische Auseinandersetzung auch unter dem Gesichtspunkt stehen müssen und vor allem können, die PDS aus ihrer Krise und zurück in die Gesellschaft zu führen.

Drittens: Die PDS benötigt eine entschiedene Erneuerung ihrer Rolle als Partei mit besonderer ostdeutscher Verantwortung. Die Nachwendezeit ist vorbei. Die Bevölkerung des Ostens der Bundesrepublik hat sich auf die neuen Verhältnisse, kritisch, mit Distanz oft, vor allem mit neuem Selbstbewusstsein, real eingestellt. Der innerdeutsche Ost-West-Unterschied nimmt damit neue Formen an. Nicht primär die Verlustgefühle der Vergangenheit, sondern eine selbst-bewusste kulturelle Unterscheidung prägt zunehmend ein gewisses ostdeutsches "Wir"-Gefühl. Diese Veränderung hat die PDS im Wahlkampf nicht zur Kenntnis genommen und war nicht in der Lage, sie authentisch anzusprechen. Es gibt eine dringende Notwendigkeit und Möglichkeit, der ostdeutschen Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung eine selbstbewusste, polarisierende und massenwirksame Strategie für einen neuen Aufbruch Ost entgegenzustellen. Dazu benötigt die PDS nicht immer neue und immer sophistischere Konzepte. Die erforderliche Kompetenz und geistig-fachliche Grundlage ist längst vorhanden. Nur: Die Ostdeutschen haben wenig erfahren.

Viertens: Die absehbare Politik der SPD wird starke rechte Züge zeigen (vor allem in der sozialen Frage sowie in einem obrigkeitlich-elitären Politikstil), Die PDS kann und muss daher zu einem wichtigen Akteur der politischen Artikulation und Repräsentation von sozialen und demokratisch-partizipativen Anliegen werden, kann versuchen, alternative Projekte und Politikstile zu fördern und zu pflegen sowie sozialen Protest gegen eine weitere Rechtswende in sozialen Belangen demokratisch stärken. Dies muss einhergehen mit der Entwicklung von alternativen Ansätzen in offenen Netzwerken gemeinsam mit den globalisierungskritischen Bewegungen, mit Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftern, sozialen Initiativen, sozialen Verbänden usw.

Fünftens: Die PDS braucht eine grundlegende Professionalisierung und Konzentration ihrer politischen Strategie und Arbeit, und das natürlich politisch-inhaltlich, aber auch und insbesondere mit Blick auf die Medien- und Öffentlichkeitswirksamkeit. Antikriegspolitik, Widerstand gegen die Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme, realistische und zeitgemäße Vorstellungen zu einer gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der bereits erwähnte neue Aufbruch Ost könnten die Hauptbestandteile dieser Strategie sein. Statt immer neuer Papiere, konjunktureller Beschlüsse und Presseerklärungen müsste eine langfristige Konzeption zu ihrer nachhaltigen politischen Verwirklichung beziehungsweise zur Schaffung der geistigen und anderen Voraussetzungen für ihre gesellschaftliche Wirksamkeit zum Arbeits- und Führungsgegenstand des Parteivorstandes werden.

Sechstens: Das Ganze muss wie Bernd Rump schreibt aber auch eine politisch-kulturelle Dimension haben, verlangt die bewusste Herausbildung einer emanzipatorischen Kultur der PDS, mit der die Politik der PDS erst die erforderliche adäquate sinnliche Erlebbarkeit bekommen kann: „Das politische Grundanliegen der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ bedarf der Ergänzung der ‚Selbstbestimmtheit‘. Freiheit ist Voraussetzung von Gerechtigkeit; es geht um die Ermächtigung der Schwachen... Subversivität muss einen neuen Klang bekommen... Von unten her herangehen. Ein Potenzial bis in die Mitte herauf erschließen.“

Siebtens: Grundlegend verändert werden muss die Verbindung zwischen Parteivorstand und anderen zentralen Führungsgremien und der Mitgliedschaft der PDS. Auch hier ist Professionalität, sind vor allem aber umfassende Transparenz und eine aktive Einbeziehung der Basis in die grundlegenden Diskussionen und Entscheidungsprozesse erforderlich. Die gesamte innerparteiliche Öffentlichkeitsarbeit des Parteivorstandes muss meiner Meinung nach auf diesen Prüfstand.

Achtens: Von der PDS muss endlich wieder Selbstbewusstsein, Lust auf Politik, Veränderung und Selbstveränderung ausgehen. Wenn alle anderen Parteien von der Alternativlosigkeit neoliberaler Politiken reden, wie sollte da nicht die einzige Partei, die sagt: Es gibt Alternativen! Zuversicht im deutschen Jammertal ausstrahlen! Und eben das muss und kann doch die Botschaft der PDS sein: Es gibt lebenswerte Alternativen, Alternativen, die uns menschlich reicher und nicht sozial ärmer machen, es gibt eine sozialistische Politik, nicht in einer unerreichbaren Zukunft, sondern als dringende, realistische und attraktive Tagesaufgabe!